

29. APR. 1964

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/81

Bonn, den 28. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Wirrwarr in der Entwicklungshilfe

84

Urentschuldbare Verzettelung und Kompetenzschwierigkeiten

3

Ein Brief an Chruschtschow

37

Nach 20 Jahren endlich frei

Erfolgreiche Intervention des SPD-MdB Dr. Carl Roesch

4 - 5

Neue Methoden für die Entwicklungsdékadé

65

UNO gründet neues Forschungsinstitut

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

5

Unverständlich

Barzels "Nein" zum Abrüstungsamt

*

*

Wirrwarr in der Entwicklungshilfe

Unentschuldbare Verzettlung und Kompetenzschwierigkeiten

E.R. - In der Bonner Gar Küche - sprich in den Beamtenstuben - ercht die Entwicklungspolitik als vierer Köche Brei bei kleiner Flamme anzubrennen. Küchenchef Erhard hat sich bis zur Stunde noch nicht entschließen können, dem Kompetenzstreit um die Entwicklungshilfe ein Ende zu setzen. Gewiß, gut gewürzte Worte und Versprechungen hat er abgegeben, aber mit den Taten maßgehalten. Es wäre bis zur Stunde bei einer beinahe nicht zu überschauenden Verwaltungswirrwarr geblieben, wenn nicht der Bundesrechnungshof sich der Mühe unterzogen hätte, das Dunkel zu durchleuchten. Und siehe da, das Ergebnis ist sensationell. Ohne den mit Spürflamme kochenden Küchenchef Erhard beim Namen zu nennen, gibt der Rechnungshof zu verstehen, daß es die Aufgabe des Regierungschefs sei, auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe endlich Ordnung zu schaffen. Auch Oppositionsführer Fritz Erler ermahnte den zwar wortstarken, aber tatenschwachen Kanzler mit dem Hinweis, daß gegenwärtig 15 Ministerien mit 231 Referaten die Entwicklungshilfe bearbeiten. Fritz Erler: Die Ankündigung guter Absichten reicht nicht aus.

Obwohl Minister Seeböck vor geraumer Zeit versicherte, daß der Kompetenzstreit um die Entwicklungspolitik bald aus der Welt geschafft sein würde und Erhard in der Haushaltsdebatte meinte, die Entscheidung sei eigentlich schon fast zur Vollendung herangereift, ist jetzt von gut unterrichteter Seite aus den Entwicklungshilfeministerien zu erfahren, daß noch nicht einmal ein Termin für die Schlußberatung des Ressorts festgelegt wurde. Erhard hatte eine Entscheidung noch für diesen Monat in Aussicht gestellt.

Der Bericht des Bundesrechnungshofs

Der Bundesrechnungshof erinnerte den Kanzler mit Deutlichkeit an die Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963, in der davon die Rede war, daß eine Zusammenarbeit der beteiligten Ministerien erreicht werden müsse, die frei von jeder vermeidbaren Spannung und unnützen Reibung sei. Dabei hat es den Anschein, daß der Bundesrechnungshof gegenüber den Taten Erhards sehr skeptisch ist. In dem Bericht heißt es, es sei offensichtlich nur mit großen Verwaltungsaufwand möglich, die Arbeit zu koordinieren. Weiter heißt es, die Bemühungen der Ministerien, das Verfahren zu straffen und zu beschleunigen, seien bisher ohne Erfolg geblieben.

Wie der Denkschrift des Bundesrechnungshofes zu entnehmen ist, befassen sich in dem organisatorischen Durcheinander innerhalb der Bundesregierung zur Zeit 15 Bundesministerien, 17 nachgeordnete Behörden und acht weitere Einrichtungen mit Fragen der Entwicklungshilfe. Dabei ist das Kanzleramt und das Bundespräsidialamt nicht be-

rücksichtigt. In den hier angeführten 231 Referaten sind allein 992 Beamte und Angestellte mit der Entwicklungshilfe beschäftigt. Die Zuständigkeiten der Ressorts überschneiden sich in mehr als 700 Punkten. Die zügige Beratung und Erledigung aller Aufgaben werde vor allem noch dadurch erschwert, daß in den wichtigsten Ausschüssen bei allen Beschlüssen Einstimmigkeit vorgesehen worden sei. Dadurch sei das an sich federführende Entwicklungshilfeministerium fast immer auf die Zustimmung aller anderen Ressorts angewiesen.

Wer ist Koch, wer ist Kellner ?

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls kritisiert, daß bei Sitzungen der Referentenausschüsse in der Regel Vertreter auch solcher Ministerien erscheinen, die mit den auf der Tagesordnung stehenden Themen überhaupt nichts gemein haben. Wenn die Zahl der Sitzungsteilnehmer in der Denkschrift sehr zurückhaltend mit "recht hoch" beschrieben wird, so ist von zuständiger Seite zu erfahren, daß ein einziges Ministerium nicht selten 20 und mehr Vertreter in eine solche Sitzung schickt. Daß hier außerdem auch noch unterschiedliche Meinungen vertreten werden, führt erst recht zur Handlungsunfähigkeit.

Nur ein geringer Teil der in den Ausschüssen behandelten Themen wird dem Lenkungsausschuß zur Entscheidung vorgelegt. Der Ausschuß für technische Hilfe beriet in der Zeit von 14. März 1962 bis zum 30. Juni 1963 über 1038 Tagesordnungspunkte, von denen nur 13 dem Lenkungsausschuß zugeleitet wurden. Im nahezu gleichen Zeitraum wurden von 365 Beratungsthemen des Lenkungsausschusses nur 30 kabinettreif. In der Tat, das ist ein trauriges Ergebnis und mit Recht empfiehlt der Bundesrechnungshof, die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien "fortzuentwickeln", um den Wirrwarr zu ordnen.

Von der Sozialdemokratischen Partei ist die dringliche Forderung an den bei Entscheidungen maßhaltenden Kanzler gerichtet worden, seine grundsätzlichen Pflichten wahrzunehmen und die Zuständigkeiten endlich bei dem für die wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründeten Ministerium zu konzentrieren. Erst recht ist der Bundeskanzler zum Handeln gezwungen, nachdem der Bundesrechnungshof die ernststen Folgen in seiner Denkschrift beschrieben hat.

Auch muß endlich klar werden, wer Koch und wer Kellner ist.

28. April 1964

Ein Brief an Chruschtschow

Nach 20 Jahren endlich frei

Erfolgreiche Intervention des SPD-MdB Dr. Carl Roesch

Hans Straub, Jugoslawien-Deutscher, geb. 22.3.22 in Senlin, dessen Mutter in Fellbach bei Stuttgart lebt, geriet 1944 bei Budapest in sowjetische Kriegsgefangenschaft und wurde 1946, weil er einer Einheit der Waffen-SS angehörte, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Auf Grund einer Intervention des SPD-MdB Dr. Carl Roesch, Fellbach, der an Ministerpräsident Nikita Chruschtschow einen in russischer Sprache geschriebenen Brief um Freigabe Straubs richtete, wurde Hans Straub dieser Tage aus dem Lager 5110/1 (Kirgisische SSR) entlassen.

Im Herbst 1944 kam Hans Straub, Sohn der in Fellbach, Schulstrasse 15, lebenden Katharina Straub, bei Budapest in sowjetische Kriegsgefangenschaft.

Seine Mutter bemühte sich seit dieser Zeit beim Deutschen Roten Kreuz und bei allen ihr erreichbaren Dienststellen um Freilassung ihres Sohnes.

Der Fellbacher Bundestagsabgeordnete Dr. Carl Roesch versuchte im Oktober 1961 beim Deutschen Roten Kreuz in Hamburg zunächst den Aufenthaltsort des Kriegsgefangenen festzustellen und wandte sich dann über das Auswärtige Amt an den damaligen Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Dr. Kroll, und schrieb schließlich auch an den sowjetischen Botschafter Smirnow einen Brief, um die Freilassung des Hans Straub zu erreichen. Smirnow antwortete überhaupt nicht.

Im vergangenen Jahr teilte Außenminister Dr. Schröder den Fellbacher Abgeordneten Dr. Roesch mit, daß die Freilassung des Hans Straub, der im Lager 5110/1 in Moskau arbeitete, von der Sowjetunion abgelehnt wurde, weil Straub der am 22. 3. 1922 in Senlin-Franstal (Jugoslawien) geboren wurde, die jugoslawische Staatsangehörigkeit habe. Straub, der einer Einheit der Waffen-SS angehörte, sei zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Auf Bitten der Mutter schrieb Dr. Roesch, der selbst vier Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verbrachte, kurz vor Weihnachten einen persönlich gehaltenen Brief in russischer Sprache an den Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow, in dem er auf die auch von der Sowjetunion anerkannte Familienzusammenführung hinwies und mit dem er besonders an das Gefühl der Menschlichkeit appellierte. Dieser Brief scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben.

In diesen Tagen konnte Frau Straub dem Bundestagsabgeordneten Dr. Roesch die Mitteilung machen, daß ihr Sohn Hans am 22.3.1964, an seinem Geburtstag, aus dem Lager in Moskau entlassen wurde.

Neue Methoden für die Entwicklungsdekade

UNO gründet neues Forschungsinstitut Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Im August vorgangenen Jahres billigte der Wirtschafts- und Sozialrat der UN einen Plan seines Generalsekretärs, der nach Ansicht U Thants ein einzigartiger Beitrag zur Erreichung der Ziele der laufenden Entwicklungsdekade der UNO sein soll: die Gründung eines Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen.

U Thant schickte deshalb Mr. Peter Casson auf die Reise, der unter den Völkern der Erde für ein neues UN-Programm werben und gleichzeitig harte Dollars sammeln soll, denn das neue Projekt wird die Weltorganisation jährlich acht Millionen Dollar kosten.

Ziel des geplanten Instituts ist, die von der UNO verfolgten Bestrebungen um Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu forcieren, sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt zu fördern. Mit Hilfe des Instituts glaubt der Generalsekretär, die anstehenden Aufgaben in ein entscheidendes Durchführungsstadium bringen zu können und u.a. auch die organisatorischen Schwächen der Weltorganisation zu beheben.

Hauptaufgabe des Instituts soll die Ausbildung eines hervorragenden Mitarbeiterstabs für die UNO sein. Weiter will U Thant in diesem Institut ein Programm entwickeln, das die UNO in die Lage versetzt - auf Wunsch der jeweiligen Regierung - jene Gebiete der Staatsverwaltungen junger Staaten aufzubauen, die in direktem Zusammenhang mit der Arbeit des UNO-Systems stehen. Dies dürfte das besondere Interesse der gerade unabhängig gewordenen Länder erwecken, die beim Aufbau von Verwaltungszentren oft vor nahezu unüberwindbare Schwierigkeiten gestellt sind.

Eine wesentliche Arbeit des Instituts wird der Analyse und Erforschung der Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderabteilungen gewidmet sein. Hierzu gehört insbesondere die Untersuchung des Entwicklungsvorganges in der Welt und die Ermittlung besserer Methoden für die Durchführung der UN-Aussenprogramme. Zu einer dringenden Aufgabe ist die Frage der Anwendung von Wissenschaft und Technik in den unterentwickelten Gebieten geworden. Es fehlt bisher an konkreten, zusammenfassenden Unterlagen und Studien, die Aufschluß darüber geben, in welcher Form die Industrialisierung und Technisierung dieser Gebiete entwickelt werden kann. Deshalb soll auch dieses Problem stets unter besonderer Berücksichtigung der verschiedenen Stadien wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung in den hilfesuchenden Ländern in naher Zukunft durch dieses Institut in Angriff genommen werden.

Als politisch bedeutsam werden die zu erarbeitenden Analysen über die Tätigkeit der UN in den Jaruhegebieten gewertet werden müssen. Die künftigen Forschungsexperten der UNO sollen z.B. eingehend Unterschiede und Ähnlichkeiten der gemeisterten und noch zu meisternenden Krisensituationen etwa im Mittleren Osten, in Kongo, in Kaschmir, West-Iran

und in Jemen untersuchen. Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit werden die Stärken und Schwächen der UN-Aktionen aufdecken und dazu beitragen, daß neue Richtlinien für den künftigen Einsatz der Weltorganisation bei der Lösung politischer Konflikte geschaffen werden können. Eine fundierte Forschung auf diesen Gebieten wird auch die Richtigkeit der UE-Politik bestätigen. Zwangsläufig werden in diesem Zusammenhang die bisherigen Methoden und vor allem die organisatorischen Apparate der Weltorganisation einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden. Die Mitgliedsländer der Völkergemeinschaft in New York werden dann in diesem Institut auch ein Mittel in der Hand haben, ihre zu verfolgenden Ziele wirksamer durchzusetzen.

Weitere Forschungsvorhaben stellen das Welternährungsprogramm sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer künftigen Abrüstung dar. Das letztere dürfte ein Thema sein, an dem sich Erfolg und Mißerfolg der UNO messen können. Ferner will sich die Weltorganisation über das Ausbildungs- und Forschungsinstitut für eine weltweite Anerkennung und Achtung der Menschenrechte einsetzen.

Die Frage der Finanzierung des Instituts, das ohne Zweifel die Arbeit der UNO wesentlich erleichtern wird, ist allerdings kritisch. Das Institut ist abhängig von freiwilligen Beiträgen und kann erst gegründet werden, wenn die notwendigen Mittel dazu vorhanden sind. U Thants Sonderbeauftragter möchte dafür auf seinen Reisen sowohl die Regierungen wie auch private Organisationen in Ost und West gewinnen.

+ + +

Unverständlich

Barzels "Nein" zum Abrüstungsamt

sp - Die Beiläufigkeit, mit der der amtierende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel den aus unbestreitbar und unabweisbar sachlichen und gründlichen Überlegungen entstandenen Antrag der SPD zur Schaffung eines Abrüstungsamtes bei der Bundesregierung, als "unnötig" abgelehnt hat, beweist schlaglichtartig das ganze Elend dieser CDU-Führung. Dabei darf der läppische Gedanke, eigentlich könnte sich doch der Verteidigungsrat der Bundesregierung unter der geschäftsführenden Leitung des Bundessonderministers Dr. Krone mit diesen Fragen beschäftigen, als Unernst beiseitegeschoben werden. Aber das Verdikt des Partei-Einpeitschers Barzel, ein solches "Abrüstungsamt" sei "unnötig", läßt im Zusammenklang mit seinen unentwegten Alibi-Forderungen nach einer sofortigen und Justament-Initiative des Westens in der deutschen Frage deutlich genug erkennen, welchen Weg die Gruppe in der CDU/CSU-Führung zu gehen beabsichtigt, die sich jetzt in der Abwehrstellung gegen die behutsame Veretändigungspolitik des Bundesauschussministers so klar zu erkennen gegeben hat. Es soll noch gehofft werden, daß das voreilige "Nein" des Fraktionsvorsitzenden nicht dem Votum der Mehrheit der CDU/CSU in den Ausschüssen und im Plenum entspricht. Aber dieses "Nein" des Herrn Barzel zu diesem konstruktiven Vorschlag der SPD, der zur Förderung der elementaren Sicherheitsanliegen des deutschen Volkes beitragen und eine beklagenswerte Lücke im notwendigen politischen Instrumentarium der Bundesregierung schließen soll, läßt mehr als Taktik: es ist Programm.

+ + +